

DER TAGES SPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Fernsprech-Sammelnummer 13 03 31 / Fernschreiber: 01 83773 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Bankkonten: Berliner Disconto Bank AG, Berliner Bank AG, Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Commerzbank AG / Postscheck-Konto: Berlin West 105 / Bonner Redaktion: 53 Bonn, Pressehaus, Telefon: 214 51 / Abonnementspreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 5,50 DM, durch die Post 6,— DM monatlich / Erscheint täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 16 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tempelhof



Tel. Sammelnr. 13 03 31. Unsere Geschäftsstellen: Bln. 19 (Charlbg.), Kaiserdamm 7; Bln. 41 (Friedenau), Rheinstr. 62; Bln. 33 (Grunewald), Hohenzollerndamm 94; Bln. 28 (Hermesd.), Heinesstr. 37; Bln. 46 (Lankwitz), Leonorenstr. 71; Bln. 45 (Lichterfelde), Baseler Str. 12; Bln. 65, Müllerstr. 122; Bln. 21 (Moabit), Alt-Moabit 86b; Bln. 44 (Neukölln), Karl-Marx-Str. 184; Bln. 52 (Reinickd.), Scharnweberstr. 49; Bln. 30 (Schöneberg), Hohenstaufenstr. 25; Bln. 36, Dresdener Str. 16; Bln. 20 (Spand.), Markt 2/3; Bln. 41 (Steglitz), Schildhornstraße 85 und Albrechtstraße 118; Bln. 42 (Tempelhof), Te.-Damm 2; Bln. 15, Kurfürstendamm 188; Bln. 30, Tauentzienstr. 1; Bln. 30, Potsd. Str. 87; Bln. 31 (Wilmerd.), Uhlendstr. 137; Bln. 37 (Zehlendorf), Berl. Str. 2.

Nr. 6088 / 21. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 21. SEPTEMBER 1965

A 6622 A / 20 Pf / Ausw. 25 Pf

Adenauer wird dem Bundespräsidenten Erhard als Kanzler vorgeschlagen

Auftrag des CDU-Präsidiums nach dem Wahlsieg Berliner SPD empfiehlt Brandt Entscheidung für sein Amt in Berlin

Von unserem Bonner Büro

Wg. B o n n. Ludwig Erhard soll Bundeskanzler bleiben. Der Parteivorstand der CDU hat am Montag den Parteivorsitzenden Adenauer beauftragt, dem Bundespräsidenten zu empfehlen, Erhard dem Bundestag wieder als Kanzler vorzuschlagen. Nach dem Ausgang der Wahl, bei der die CDU/CSU nur knapp unter der absoluten Mehrheit blieb, besteht in Bonn kein Zweifel, daß es zu einer Fortsetzung der bisherigen Koalition zwischen CDU/CSU und FDP kommen wird.

Auf Grund des Wahlergebnisses haben diese Parteien zusammen im Bundestag eine stattliche Mehrheit: Die CDU/CSU

verfügt über 245 und die FDP über 49 Mandate, während die SPD 202 Abgeordnete in das Parlament entsenden wird. In diesen Zahlen ist das mit Sicherheit zu erwartende Resultat der Nachwahl in zwei Wahlkreisen, die am 3. Oktober stattfindet, bereits enthalten.

Der Landesvorstand der Berliner SPD hat gestern nach einer Aussprache über das Wahlergebnis den Regierenden Bürgermeister und SPD-Vorsitzenden Brandt gebeten, sich für ein Verbleiben in Berlin zu entscheiden, „wenn die SPD nicht maßgeblich an der Bundesregierung beteiligt wird“.

erwartet, daß Strauß nicht darauf bestehen wird, ein Ministeramt zu erhalten, daß er aber als Prämie für seinen Verzicht das Ausscheiden einiger Gegner aus der Regierung verlangt.

Andeutungen der FDP

Die FDP betonte in einer Erklärung, daß es in den folgenden Jahren ihrer Ansicht nach drei Schwerpunkte gebe: die Deutschland-Politik, das Bildungswesen und eine Finanzpolitik, die sich um die Stabilität der D-Mark bemüht. In dieser Äußerung liegt vermutlich die Andeutung, daß die FDP drei der Bundesministerien, die sie bisher innehatte, behalten will: das gesamtdeutsche, das Wissenschafts- und das Finanzministerium. Es fiel auf, daß keine Andeutung im Hinblick auf das Justizministerium gemacht wurde, das bis vor einigen Monaten von dem FDP-Politiker Bucher geleitet worden war. Wahrscheinlich wird die FDP auf dieses Ministerium verzichten, für das die

netenhaus, Voelker, haben gestern Abend dem SPD-Vorsitzenden Brandt in Bonn die Auffassung der Berliner SPD überbracht, die sich für ein Verbleiben Brandts in Berlin aussprach. „Wenn die SPD nicht maßgeblich an der Bundesregierung beteiligt wird, würde der Landesvorstand es begrüßen, wenn Willy Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin bliebe“, heißt es in der Verlautbarung.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1 und 2



Bundeskanzler Erhard in der Wahlnacht auf dem Wege zur Pressekonferenz im Palais Schaumburg. Photo: UPI

Unsere Meinung:

Sieg demokratischer Vernunft

J. B. Es galt in der Vergangenheit immer wieder als ein Kriterium für den Reifegrad des deutschen Wählers, daß er bei Bundestagswahlen den Splitterparteien mehr oder minder radikalen Charakters keine Chance ließ. Nun — das hat er auch diesmal nicht getan, und 1965 noch weniger als 1961. Aber es gab für die Wahl des Jahres 1965 noch ein zweites Kriterium: Würde der Wähler etwa, verführt durch einen Wahlkampf, der weite Strecken hin jeder sachlichen Konfrontation auswich, ein Ergebnis zulassen, das den Parteien das Experiment der Großen Koalition nahelegte? War dem Wähler bewußt, wie sehr sich die Augen hinter der Szene längst auf diese Möglichkeit eingerichtet hatten? Willy Brandt wollte selbst Montag früh noch nicht auf diese Idee verzichten, wie aus seiner Bemerkung hervorging, daß nun der Bundespräsident ein entscheidendes Wort darüber mitzureden habe, welche Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zu ziehen seien.

Aber die Worte gingen längst an den Ereignissen vorbei. Die Wähler selbst hatten den gordischen Knoten durchschlagen, in dem sie der CDU/CSU einen klaren Führungsauftrag erteilten. Und sie hatten diesen Führungsauftrag damit zugleich einer Partei erteilt, deren Spitzenkandidat als einziger der Parteiführer im Lande die Große Koalition als Verderben für die parlamentarische Demokratie entschieden abgelehnt hatte. Keiner — in welchem Amt auch immer, und sei es im Amt des Bundespräsidenten — hat nun noch die Freiheit, die Große Koalition in irgendeiner Weise als mit dem Wählerwillen vereinbar hinzustellen oder an ihr weiterzuarbeiten. In diesem Sinne hat der deutsche Wähler eine vorzügliche, nicht nur der Form, sondern auch dem Inhalt nach demokratische Entscheidung getroffen.

Er hat dies auch in anderer Weise getan — nimmt man ihn einmal als jenes kollektive Wesen, wie er sich in Wahlergebnissen ausdrückt. Es gibt eine ganze Zahl von Wahlkreisen, in denen die Stimmen für den erfolgreichen Direktkandidaten und die für seine Partei abgegebenen Stimmen wesentlich voneinander abweichen: wo zwar der Kandidat einer der beiden großen Parteien, nicht aber seine Partei selbst die meisten Stimmen bekommen hat. Zumindest die Vermutung spricht dafür, daß dies das Ergebnis eines Denkprozesses gewesen ist, daß also der Wähler von der ihm durch das Wahlgesetz mit Erst- und Zweitstimmen gegebenen Möglichkeit wirklich Gebrauch machen wollte. Auch das ist kein schlechtes Zeichen. Es erhöht übrigens die Bedeutung des Erfolges der CDU/CSU, daß sie trotz dieser Erscheinung sowohl die meisten Direktmandate erhalten, als auch auf Grund der Zweitstimmen den 50 Prozent wieder nahegerückt ist.

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis zeigt der Blick auf die Stimmzahlen der einzelnen Parteien in den verschiedenen Ländern. Es ist nicht so, daß die Bevölkerung der Bundesländer einem uniformen „Trend“ bei der Wahlentscheidung gefolgt wäre. Die Zuwachsraten und die Verluste der Parteien differieren sehr stark voneinander, je nachdem, welchem Bundesland man sich zuwendet. Sei das nun auf einen in die Bundestagswahl durchschlagenden Einfluß der Landespolitik oder auf die soziologische Schichtung in den einzelnen Ländern zurückzuführen — jedenfalls ist es nicht länger möglich, sich CDU und SPD nur als zentralistische Parteigebilde vorzustellen. Sie haben heute auf Grund ihres unterschiedlichen Rückhalts in den einzelnen Ländern auch inhaltlich eine gewisse föderalistische Struktur, so sehr sich das in der Politik auf Bundesebene auch manchmal verwischen mag. Jene Verwurzelung im reich schattierten föderalistischen Boden der Bundesrepublik ist ebenfalls eine für die Demokratie wertvolle Erscheinung. Und schließlich noch dies: die Niederlage der SPD im Hinblick auf ihr erklärtes Wahlziel hat nicht ihre Aufwärtsentwicklung gestoppt, sondern nur gebremst. Auch das ist der weiteren Entwicklung in Deutschland vermutlich förderlich. Die Partei erhält sich damit das Potential, das für die spätere Möglichkeit einer demokratischen Wachablösung nötig ist. Und sie ist ausgestattet mit der Fähigkeit, die Rolle einer kräftigen Opposition zu spielen. Wir wollen hoffen, daß der Nebelkreis der Gedanken, die auf eine Große Koalition gerichtet waren, sich bald endgültig aus den Gehirnen verflüchtigt, damit auch in Deutschland das positive Wechselspiel von Regierung und Opposition erlernt wird. Und zwar so, wie es auch außenpolitisch nützlich sein kann, daß nämlich die Opposition den Auftrag fühlt zu sagen, was der Regierung aus vielerlei Rücksichten verwehrt ist. Das ist eine höhere und bessere Art des Zusammenwirkens der Parteien als die Große Koalition.

Für den Kanzlerkandidaten der SPD, der zugleich Regierender Bürgermeister von Berlin ist, enthält diese Entwicklung vielleicht viel Bitterkeit. Er hat zweimal seiner Partei nicht zum Sieg verhelfen können, und drängender als je tritt nun die Forderung an ihn heran, sich zwischen Bonn und Berlin zu entscheiden. Was die Entscheidung für Brandt jetzt überschattet — daß er vermutlich in keinem Falle die SPD zu einem dritten Mal in den Wahlkampf führen wird — ist für Berlin kein Nachteil. Denn in jedem Falle braucht Berlin einen Mann, der sich vornimmt, seine politischen Leidenschaften und sein politisches Vermögen allein dieser Stadt zu widmen und keinem anderen Orte sonst.

Peking meldet Abschluß eines US-Düsenjägers über Rotchina

Pilot angeblich in Gefangenschaft — Bisher kein amerikanischer Kommentar

Peking (AP). Rotchina hat gestern amtlich mitgeteilt, daß rotchinesische Marineflugzeuge einen amerikanischen Überschalljäger vom Typ „F 104“ über der rotchinesischen Insel Hainan vor der vietnamesischen Küste abgeschossen hätten. Von amtlicher amerikanischer Seite wurde bisher kein Kommentar zu der Peking Meldung gegeben.

Die Peking Agentur Neues China meldete, daß der Pilot der amerikanischen „F 104“, der als Hauptmann Philips Smith identifiziert worden sei, in Gefangenschaft geraten sei, nachdem er mit dem Fallschirm abgesprungen ist und versucht habe, zu fliehen. Wie es in der

rotchinesischen Bekanntmachung heißt, ist die amerikanische Maschine tief in den rotchinesischen Luftraum eingedrungen und hat dort „militärische Provokationen“ verübt, über deren Natur keine näheren Angaben gemacht wurden. Verteidigungsminister Lin Piao hat die Marineflieger Einheit, die für den Abschluß verantwortlich war, in einem Tagesbefehl belobigt.

Die Krisenherde in Asien Seite 5

Staatssekretär Carstens in Moskau

Der Sowjet-Regierung soll der deutsche Standpunkt erläutert werden

Von unserem Bonner Büro
Wg. B o n n. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Carstens, ist am Montag für eine Woche nach Moskau geflogen. Er wird in seinen Gesprächen mit sowjetischen Politikern keine neuen Vorschläge zur deutschen Frage unterbreiten. Gestützt auf die Bestätigung der bisherigen Bundesregierung durch die Wahl am Sonntag, wird er in der Hauptsache den deutschen Standpunkt erläutern. Zugleich hat er aber auch den Auftrag Bundeskanzler Erhards, darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung nach wie vor die Einladung an den sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin aufrechterhält.

Carstens ist als Leiter einer amtlichen Delegation in Moskau, die als offizielle Vertretung an dem „Deutschen Tag“ der gegenwärtig stattfindenden Chemie-Ausstellung teilnimmt.

Die Ankunft in Moskau

Moskau (dpa). Staatssekretär Carstens traf am Montagabend auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo ein, wo er vom sowjetischen stellvertretenden Außenminister Semjonow, vom Ersten stellvertretenden Vorsitzenden der sowjetischen Allunions-Handelskammer, Pichodow, und vom Generaldirektor der Moskauer Internationalen Chemie-Ausstellung, Pawlenko, begrüßt wurde.

Deutsche Industrie-Ausstellung wird heute unter dem Funkturm eröffnet

918 Firmen vertreten — Wieder Sonderschau „Partner des Fortschritts“

Tsp. B e r l i n. Bundesschatzminister Dollinger wird heute um 18 Uhr die 16. Deutsche Industrie-Ausstellung unter dem Funkturm eröffnen, die nach zwölfjähriger Dauer am 3. Oktober ihre Pforten schließt. 918 Firmen aus 16 Nationen zeigen in diesem Jahr auf der Ausstellung, die wiederum unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Lübke steht, ihre Erzeugnisse. Ihre Zahl hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um neun erhöht.

Die USA, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Österreich und Kanada sind neben Persien, das in diesem Jahr erstmals unter dem Funkturm vertreten ist, mit eigenen Pavillons an der Ausstellung beteiligt. Zum vierten Male wird gleichzeitig mit der Industrie-Ausstellung die Importausstellung „Partner des Fortschritts“ eröffnet, auf der außerdem 38 Entwicklungsländer aus drei Kontinenten ihre Waren zeigen. Industrie-Ausstellung und „Partner des Fortschritts“ belegen zusammen eine überdachte Fläche von 63 300 Quadratmeter und ein Freigelände von 23 000 Quadratmeter. Wenige Tage nach der Eröffnung erwarten die Veranstalter den zehnmillionsten Besucher seit 1950. (Vgl. Berliner Teil)

Rätsel um das U-Bahn-Unglück gelöst

Tsp. B e r l i n. Ein 35jähriger Signaltechniker der BVG hat gestern gestanden, durch unerlaubte Manipulationen am Signalsystem das U-Bahn-Unglück zwischen den Bahnhöfen Zoo und Hansaplatz am 30. Juni verursacht zu haben. Entgegen den strengen Sicherheitsvorschriften hatte der Mann das Ausfahrtsignal des Bahnhofes Zoo auf Grün geschaltet, weil er glaubte, er habe den Farbwechsel auf Rot durch seine Arbeit im Relaisraum aus Versehen bewirkt. Tatsächlich war das Signal auf Rot gesprungen, weil auf der Strecke ein Zug liegengeblieben war. Der Mann muß sich nun wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Transportgefährdung und fahrlässiger Körperverletzung verantworten. (Vgl. Berliner Teil)

Das vorläufige Gesamt-Ergebnis

Partei	1965			1961		
	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze
CDU	12 324 076	38,1	196	11 283 901	35,8	192
CSU	3 068 861	9,5	49	3 014 471	9,5	50
SPD	12 711 726	39,3	202	11 427 355	36,2	196
FDP	3 062 948	9,5	49	4 028 766	12,8	67
DFU	432 221	1,3	—	607 836	1,9	—
NPD	658 250	2,0	—	—	—	—
AUD	52 668	0,2	—	—	—	—
FSU	10 763	0,0	—	—	—	—
CVP	19 904	0,1	—	—	—	—
UAP	3 966	0,0	—	—	—	—
EFP	1016	0,0	—	—	—	—
DP/BHE	—	—	—	870 756	2,8	—
DRP	—	—	—	262 977	0,8	—
Sonstige	—	—	—	52 350	0,2	—

Von den Parteien, die sich 1961 an der Wahl beteiligten, kandidierten diesmal nicht mehr DP/BHE (Gesamtdeutsche Partei) und die DRP.

Neu waren in diesem Jahre vertreten: Nationaldemokratische Partei (NPD) und Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) in allen Bundesländern) Freisoziale Union (FSU) in Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Christliche Volkspartei (CVP) in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, Unabhängige Arbeiter-Partei (UAP) in Nordrhein-Westfalen und Europäische Föderalistische Partei (EFP) in Bremen.

Wegen des Todes von Kandidaten in einem hessischen und einem bayerischen Wahlkreis — Nachwahl am 3. Oktober — ist über die Verteilung von zwei Direktmandaten noch nicht endgültig entschieden.

luten Mehrheit geblieben ist. Auch der CDU-Vorsitzende Adenauer hat offenbar den Gedanken an eine Große Koalition mit der SPD aufgegeben. In der Sitzung des CDU-Präsidiums, die am Montagmorgen der Vorstandssitzung vorausging, gratulierte er Erhard zu seinem Erfolg und erwähnte die Idee der Großen Koalition mit keinem Wort. Ebenso hat der CDU-Vorsitzende Strauß, der zu den CDU-Sitzungen nach Bonn gekommen war, von vornherein die Wiederwahl Erhards als selbstverständlich betrachtet.

Schröder, Mende und die CSU

Dennoch werden für die kommende Regierungsbildung durchweg große Schwierigkeiten vorhergesagt. Nach einem Vorschlag des CDU-Präsidiums soll eine Kommission aus Vertretern des Präsidiums, des Partei- und des Fraktionsvorstandes gebildet werden, die mit Erhard die Personal- und Sachfragen der künftigen Regierung abstimmen soll. Dieser Kommission werden mit Sicherheit Adenauer, Strauß und der Fraktionsvorsitzende Barzel angehören, der am Montag schon vor der Sitzung des Parteipräsidiums eine Unterredung mit Adenauer hatte und voraussichtlich bei der Regierungsbildung eine bedeutende Rolle spielen wird. Bei der Zusammenstellung des neuen Kabinetts wird Erhard bestrebt sein, die Zahl der Minister möglichst klein zu halten. Er steht auch dem Vorschlag, zusätzliche „Staatsminister“ zu ernennen, ablehnend gegenüber. Schwierigkeiten werden aber vor allem durch den Versuch der bayerischen CSU erwartet. Bundesaußenminister Schröder und dem FDP-Vorsitzenden Mende ihre bisherigen Regierungsmänner streitig zu machen.

Strauß zum Verzicht bereit?

Der Konflikt um das gesamtdeutsche Ministerium, das in den letzten beiden Jahren von Mende geleitet wurde, zeichnet sich schon ab. Strauß äußerte, er messe den „schwerwiegenden

bayerische CSU in der Person des bisherigen Vizepräsidenten Jaeger bereits einen Kandidaten bereithält.

Brandt wahrscheinlich nicht nach Bonn

In politischen Kreisen Bonns wird angenommen, daß der SPD-Vorsitzende Brandt es vorziehen wird, Regierender Bürgermeister von Berlin zu bleiben. Auch bei dem Hamburger Senator Schmidt, der der „Regierungsmannschaft“ der SPD als Verteidigungsexperte angehört, wird mit der Rückkehr nach Hamburg gerechnet.

Empfehlung der Berliner SPD-Gremien

Tsp. B e r l i n. Der Berliner SPD-Vorsitzende Mattick, Bürgermeister Albertz und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeord-



Gestern in der Villa Hammerschmidt: Bundespräsident Lübke empfing als ersten den CDU-Vorsitzenden Strauß zu einem Gespräch über den Ausgang der Bundestagswahlen. AP-Photofax